sprach kein Wort von der Ausdehnung des Kampfes auf Sachsen oder das Reich, kein Wort von der Notwendigkeit der Führung des Kampfes als Lohnkampf. Er wandte sich vielmehr in seinem Schlußwort, nachdem der Vertreter der Kommunisten die Forderung erhoben, heftig gegen eine Lohnbewegung der Eisenbahner und erklärte, eine solche könne den Eisenbahnern nur schaden. Höhere Löhne, Verbesserung der Arbeitsbedingungen sind der Ansicht der SPD-Führer nach also nur schädlich für die Arbeiter. So war denn auch die ganze Rede Kautzsch' darauf abgestellt, die Regierung anzuklagen, daß sie nicht alles getan habe, die Bewegung auf dem schnellsten Wege zu beenden. Die Regierung und die Direktion, so erklärte der sozialdemokratische Vertreter mit Pathos, seien schuld daran, **daß eine Störung des geregelten Verkehrs eintrete.** Die Regierung scheine von dem Kampf wohl nichts gehört zu haben. Sie setze ihren Apparat nicht genügend ein, um den Konflikt zu schlichten. **Die Beilegung des Streiks und Verhinderung jeder Störung der kapitalistischen Wirtschaft ist für die Sozialdemokraten das oberste Gesetz.** Das zeigte sich auch in Freital, wo die SPD im Stadtverordnetenkollegium einen Antrag einbrachte, **daß der Streik im Interesse der sächsischen Wirtschaft beigelegt werden müsse.** An die Regierung richtete im Landtag der SPD-Redner auch noch die Aufforderung, für die Durchführung des Tarifs zu sorgen. Die SPD-Führer geben ihre Erklärung für die unbedingte Tariftreue ab.

Hier trifft sich die SPD mit der Volkspartei, die durch den in ihren Reihen sitzenden Abgeordneten Voigt einen Antrag begründen ließ auf der absolut gleichen Linie. Die Deutsche Volkspartei hatte einen Antrag gestellt, in dem sie die Beilegung des Streiks fordert, weil er **„sich in erster Linie zum Schaden des sächs. Wirtschaftslebens weiter auszubreiten droht".** Die Ordnung des Kapitalismus, das ist das Wesentlichste für Volkspartei und SPD. Darin zeigt sich wohl am allerbesten die Politik und Taktik der Reformisten, die Konsequenz ihrer Koalition und Arbeitsgemeinschaftspolitik. Der Wirtschaftsfrieden darf nicht gestört werden. Mit dieser Politik ist es überhaupt unmöglich, Lohnkämpfe der Arbeiter durchzuführen, die Lage der Lohnsklaven zu verbessern.

Die sächsische Regierung erklärte, daß die Ordnung des Verkehrs noch nicht gefährdet sei. Sie habe zwar gleich von Anfang an alles getan, um den Konflikt beizulegen, und **habe jetzt den Schlichter mobil gemacht, um diesen auf die Arbeiter loszulassen.** Der Eisenbahnerbewegung droht also stärkste Gefahr. Die erhöhte Wachsamkeit der Eisenbahner ist geboten. Beachtenswert für die Eisenbahner ist auch noch, daß der volksparteiliche Abgeordnete Voigt, der zwar auch die Schuld an dem Konflikt der Generaldirektion zusprach, dennoch dieser empfahl, doch in Zukunft solche Konflikte mit Arbeitern auf dem Wege des Tarifvertrages zu regeln. Das heißt praktisch, Voigt empfiehlt, den Herauswurf von Arbeitern nächstens geschickter zu machen. Wohl verlangt Voigt auch die Wiedereinstellung der Arbeiter, zeigt der Direktion aber gleich, wie sie dieselben dann wieder loszuwerden vermag.

Die Eisenbahner haben eine Front gegen sich. Eine Front von den SPD-Führern bis zu Dorpmüller. Heute, wo die Arbeiter schon im Kampf stehen, wo die Generaldirektion den Tarif offensichtlich gebrochen hat, wo aber auch das Betriebsrätegesetz über den Haufen geworfen wurde, muß der Kampf mit aller Wucht aufgenommen und zu einem Gegenangriff umgemünzt werden.

Die Gewerkschaftsführer stellen sich zwar sehr radikal, sie erklären sich für die Ausdehnung des Streiks, sie wollen sogar ganz Sachsen einbeziehen. Aber sie weigern sich, dem Streik einen tieferen, die gesamten Massen mitreißenden Inhalt zu geben. Hier zeigen sich Konsequenzen und Auswirkungen der Arbeitsgemeinschafts- und Koalitionspolitik. Die Gewerkschaftsführer sind gebunden mit dem kapitalistischen Staat. Sie wollen nicht seine Beseitigung, nicht einmal seine geringste Erschütterung.

Die Sozialdemokraten tragen die Verantwortung für d Ergebnisse der Dawespolitik und den Druck auf die Arbeiterschaft in vollem Umfange. Sie gaben den Kapitalisten und Dawesvögten durch ihre Zustimmung zu dem Ermächtigungsgesetz le Möglichkeit, die wenigen Errungenschaften, die die Eisenbahner im November 1918 erreichten, zu beseitigen. Neun Jahre rutscher Koalitionspolitik brachten Hunger und Not für die Arbeiter.

Die Arbeiterschaft muß Schluß machen mit dieser Plitik des Arbeiterverrats und der Tatenlosigkeit. Durch diese Solitik werden die Unternehmer nur zu ständig neuen Angriffen gegen die Arbeiter unterstützt. Schluß mit dieser sozialdemokratischen Taktik, die den Unternehmern, den Dawesvögten der Reichsbahn alle Möglichkeiten gab, den Tarif zu durchbrechen, die Arbeiter aber an die formalen Bestimmungen fesselte. Revolutionäre Taktik im Interesse der Arbeiter ist das Gebot der Stunde. Dieses aber erfordert Einsatz der breitesten Massen in diesen Kampf der Eisenbahner, erfordert, den Lohnkampf zu führen. Denn werden die Eisenbahner einen Erfolg erzielen. Dann werden sie aber auch Bahnbrecher für eine weitere Kampfperiode der gesamten Arbeiter sein. Sie haben die starke Macht, den Gegner niederzuringen, sie können auch die Klassenjustiz des Streikverbots über den Haufen werfen. Deswegen: alle Kräfte mobil, verbreitert den Kampf!

Das Preußenkonkordat vor dem Abschluß

Berlin, 2. Dezember. (Eig. Drahtbericht.)

Die vor einigen Tagen erfolgte Mitteilung über den bevorstehenden Abschluß eines preußischen Konkordats wurde durch ein faules Dementi der preußischen Regierung bestritten, und auch der Vorwärts fühlte sich berufen, für die preußische SPD-Koalitionsregierung eine Lanze zu brechen. Jetzt teilt die Köln. Zeitung, die es ja wissen muß, aus einer Quelle, für deren Zuverlässigkeit sie sich außerdem verbürgt, mit, daß der Abschluß des preußischen Konkordats unmittelbar bevorstehe. Es handle sich nur noch um die Neuabgrenzung der bischöflichen Diözesen und die Neuordnung des Verfahrens bei der Besetzung der Bischofsstühle.

Nach der Mitteilung der Köln. Zeitung ist im Konkordat die Neuerrichtung von Bischofsstühlen in Aachen, Essen, Magdeburg, Demmin in Pommern und Altona geplant, und die katholische Kirche erwartet, daß Preußen diesen neuen Bistümern die notwendigen finanziellen Grundlagen durch reiche Dotationen schafft. Außerdem wird noch darüber verhandelt, daß in Zukunft die Ausbildung der katholischen Geistlichkeit anstatt in Deutschland auch in Rom erfolgen könne.

Die Angst vor der Sprengung der preußischen Koalition durch das Zentrum treibt die SPD-Führer zu immer größeren Zugeständnissen. Der Kampf gegen das preußische Konkordat und das Reichsschulgesetz muß verschärft werden, um die Verschacherung der Arbeiterschaft an den Klerus zu verhindern.

Imperialisten-Manöver in Genf

Ausweichen der Militaristen — Verschleppungsmanöver — Hetze gegen die Sowjetdelegierten — Die Menschewisten in der Front der Imperialisten

Genf, 2. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.)

Die erste Tagung der neugebildeten Sicherheitskommission bestätigte die Voraussagung Litwinows, daß diese Kommission mit ihren Methoden nur von der Abrüstung ablenke und die Abrüstungsberatungen verzögern soll. Der Vorsitzende Benesch entwickelte ein endloses „Arbeitsprogramm" mit allen möglichen Untersuchungen, Berichten, Umfragen, Tabellen usw., dem die französisch orientierten Gruppen zustimmten. Der englische Delegierte erklärte dazu ironisch, daß die Anwesenden wahrscheinlich das Ende dieser „gründlichen Untersuchungen" wohl überhaupt nicht mehr erleben würden. Nach einem französisch-englischen Geplänkel **wurden die Verhandlungen auf morgen vertagt, ohne daß der deutsche Vertreter das Wort ergriff.** In der Zwischenzeit soll eine Kautschukformel über die Arbeitsmethoden gefunden werden, der sowohl Frankreich als auch England zustimmen können.

Als russischer Beobachter nimmt Litwinow an den Sitzungen teil. Das russische Memorandum über die wahnsinnigen imperialistischen Wettrüstungen hat eine große Verlegenheit verursacht. **Um sich vor eine Antwort zu drücken, will der Völkerbund erst langwierige „Untersuchungen über die Stichhaltigkeit der russischen Zahlen" anstellen.**

In der Schweizer Presse geht die Hetze gegen die Sowjetdelegation weiter. Bestimmte Kreise arbeiten bewußt an der Schaffung einer Stimmung, wie sie seinerzeit zur Ermordung Worowskis geführt hat.

•

Die Sozialdemokraten in der Imperialistenfront

Die Vorschläge der Sowjetunion, eine allgemeine Abrüstung durchzuführen, versetzen die Imperialisten in wilde Erregung. Schon die erste Rede Litwinows hat den ganzen Schwindel der Genfer Rüstungskomödie entlarvt. Der Vorschlag der Sowjetunion wurde mit Gelächter beantwortet. Verächtlichmachung des Vorschlages, das ist jetzt das Ziel der Imperialisten. Daran hilft die SPD tüchtig mit. Die Volkszeitung, die über die Eisenbahnerbewegung nur an ganz versteckter Stelle schreibt, widmet die erste Seite ganz dieser Aufgabe. Sie hat keinen Platz für die Eisenbahner, dafür aber lobt die Volkszeitung die deutsche Regierung. Die Volkszeitung schreibt:

„Am Mittwoch hat nun die russische Abrüstungsdelegation einen Vorstoß unternommen, der die ganze Gesellschaft durcheinanderschütteln sollte. Die Sowjetdelegierten forderten die sofortige vollständige Abrüstung aller Staaten. Das sollte eine Sensation werden, aber der Vorstoß erzeugte nur Lächeln, teilweise fidele Heiterkeit. Als Ziel ist völlige Abrüstung in der Tat nichts Neues, denn die Sozialdemokraten aller Länder haben dieses Ziel seit Jahrzehnten aufgestellt. Sie haben dafür demonstriert, haben in allen Ländern Anträge gestellt, haben das Wachsen der Rüstungen zu hindern versucht. Das Wesen des Sozialismus ist Friede, ist Abrüstung. Jeder Sozialist bekennt sich zu diesem Ziele. Die russische Vorlage enthielt nichts Neues. Das einzig Neue daran war, daß diese Forderung zum erstenmal eine Regierung erhob. Aber gerade dadurch wurden die Lachnerven der Delegierten gereizt: denn kein anderes Land hat einen so gewaltigen Militarismus wie ausgerechnet Sowjetrußland. Und Rußland rüstet nicht eine Mann und einen Schuß ab, solange die anderen nicht abrüsten. Im Gegenteil: es rüstet in wahnwitzigem Tempo auf! Es tut also genau dasselbe, was es anderen vorwirft. Und es ist nicht abrüstungsbereiter als irgendein kapitalistischer Staat. Es kommt in Genf nicht darauf an, die Abrüstungsbereitschaft zu betonen, „falls die andern abrüsten", sondern es kommt darauf an, einen Weg zu zeigen, wie angefangen werden soll."

Der russische Vorschlag auf „sofortige völlige Abrüstung" hat eine theorethische Bedeutung. Sein agitatorischer Wert wird durch die eigenen Rüstungen Rußlands gemindert. Immerhin müssen die Völkervertreter zum letzten Ziel der Sicherung also der völligen Abrüstung, Stellung nehmen. Die Verständigung über einen praktischen Weg zur Rüstungsbeschränkung ist freilich die Hauptsache. Auf deutschen Vorschlag hin soll die russische Erklärung in den nächsten Ausschußsitzungen mit besprochen werden."

Die Volkszeitung verwischt hier die dreckige Rolle der 2. Internationale mit dem Friedenskampf der Sowjetunion. Auf alle Fälle ist es für die Arbeiter interessant zu wissen, daß der Vorschlag auf vollständige Abrüstung von den Sozialdemokraten nur als Agitation betrachtet wird. Dieses Eingeständnis müssen die Arbeiter sich sehr wohl merken. Hier, wo eine Regierung den Vorschlag konkret macht, erklärt die Volkszeitung, daß die „sofortigtötige Abrüstung" nur eine „theorethische" Forderung sei. Aus dieser Haltung zeigt die Volkszeitung, daß sie an ihr „Friedsprogramm" nie geglaubt. Daß ihre „Friedenspolitik" nur dazu dient, die Arbeiter in den Krieg zu treiben. Die SPD beziehe gegenüber dem Friedensvorschlag der Sowjetunion die gleiche Stellung wie die gesamte Presse der Imperialisten. Die Dresdner Neuesten bringen heute Mitteilungen unter den Ueberschriften: „Lächerliche Pläne", „Nutzlose utopistische Gebärde". Die deutschnationalen Dresdner Nachrichten schreiben:

„Ein derartiger Abrüstungsradikalismus, wie ihn die Russen in Genf vertreten, wäre selbst dann, wenn seiner Durchführung keine anderen Schwierigkeiten im Wege ständen, deshalb nicht denkbar, weil die westeuropäische Kultur sich dann wehrlos dem Bolschewismus ausliefern würde. Kann irgendein Einsichtiger annehmen, daß der Sowjetismus einem völlig bis auf die Knochen entwaffneten Westeuropa gegenüber darauf verzichten würde, seine eigenen Massen zu bewaffnen, um die „Weltrevolution", das letzte Ideal des Bolschewismus, zu verwirklichen? Die Frage stellen, heißt sie verneinen. Auf eine solche Bahn kann Deutschland selbstverständlich den russischen Delegierten nicht folgen."

Ist das nicht die gleiche Melodie, wie die, die von der Volkszeitung angeschlagen wird? Die Volkszeitung schreibt auch, die Russen rüsten nicht ab. Die Einheitsfront ist geschlossen. Die Imperialisten stehen zusammen. Die SPD steht mit in dieser Front.

•

Die Sowjetunion tritt dem Völkerbund nicht bei

Genf, 2. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Berichterstatter der englischen Zentral Regws wurde von einem Mitglied der Sowjetdelegation unterrichtet, daß die Sowjetregierung zu Besprechungen über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen bereit ist, falls die englische Regierung einen derartigen Wunsch hat.

Von informierter Seite wird eine englische Erklärung bekanntgegeben, nach der Chamberlain in Genf keinerlei Aussprache mit Litwinow über die englisch-russischen Beziehungen haben soll.

Auf eine direkte Anfrage des Korrespondenten der Täglichen Rundschau erklärte ein Vertreter der Sowjetdelegation, daß ein Beitritt der Sowjetunion zum Völkerbund gar nicht in Frage käme, weil hiergegen unzählige prinzipielle Gründe sprechen.

•

Feindliche Angriffe gegen die Sowjetvorschläge

Das Echo in der französischen und englischen Presse auf die Vorschläge Litwinows in Genf ist stark ablehnend und feindlich. Man versucht zwar in den Kommentaren das Auftreten der Russen und deren Vorschläge zu ironisieren, dahinter spricht aber deutlich die Angst, daß die russische Delegation auf die eingehende Behandlung ihrer gemachten Vorschläge drängt und dadurch die imperialistischen Friedensheuchler entlarvt. Das Echo de Paris schreibt:

„Wenn man die Sowjetpläne verwirkliche, so würden in Europa die Leute der politisch-militärischen Schule Moskaus das Wort führen. Die Alliierten müßten bewaffnet bleiben, um die im Völkerbundsvertrag niedergelegten internationalen Rechte zu verteidigen."

Die englische Daily Mail spricht von stupiden russischen Ränken, denen schleunigst ein Ende gemacht werden müsse. Und Daily Telegraph zufolge haben die Sowjetvorschläge in London nur Heiterkeit ausgelöst. Gefahren würden sich erst dann ergeben, wenn die Sowjetvertreter auf Behandlung ihrer Vorschläge bestehen sollten.

Amerikanische Kredite für die Sowjetunion

Bürgerlichen Pressemeldungen zufolge hat das amerikanische Staatsdepartement bekanntgegeben, daß es keinen Einspruch erheben würde, wenn in den Vereinigten Staaten von Sowjetrußland Privatanleihen aufgenommen würden, um den Warenankauf der Sowjets in Amerika zu finanzieren.

Die Presse erklärt zu dieser Meldung: Diese Erklärung des amerikanischen Staatsdepartements sei ein positiver Schritt der amerikanischen Regierung, um der wirtschaftlichen Annäherung beider Länder nicht länger passiven Widerstand entgegenzusetzen. Senator Borah soll bekanntgegeben haben, daß er demnächst einen Antrag einbringen werde, die Sowjetunion de jure anzuerkennen.

Diese Meldungen lassen erkennen, wie stark bereits der Druck der amerikanischen Kapitalisten geworden ist, die nicht länger auf den russischen Absatzmarkt verzichten möchten.

•

Englische Anleihe für die Sowjets

Das WTB meldet, daß einflußreiche Kreise der City daran arbeiten, eine finanzielle Regelung zwischen England und Sowjetrußland herbeizuführen. Eine bekannte Bankengruppe erwägt den Abschluß einer russischen Anleihe von 10 Millionen Pfund Sterling. Diese Bestrebungen sind die Auswirkungen der Bemühungen amerikanischer Kapitalisten, sich den russischen Markt nach Gewährung von Krediten an die Sowjets zu sichern.

Die Filmkorruption der Reichswehr

Berlin, 2. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.)

Wie wir erfahren, will die Bürgerblockregierung den Großgläubigern der Phöbusgesellschaft 100 Prozent ihrer Forderungen bewilligen. Das Reichswehrministerium will auf Rückzahlung sämtlicher Subventionen verzichten. Die Führer aller Reichstagsfraktionen mit Ausnahme der Kommunisten wurden gestern davon von der Bürgerblockregierung „vertraulich verständigt".

Die freiwerdenden 15 Phöbustheater will Hugenbergs Ufa in diesen Betrieb mit übernehmen. Vorbesprechungen zwecks Uebernahme der Aktienmajorität der Phöbus durch Hugenberg haben bereits stattgefunden.

Da der sogenannte Reichssparkommissar Semig bis heute noch keinen Bericht über diese politische Korruptionsaffäre veröffentlicht hat, obgleich die Untersuchung längst abgeschlossen ist, wird die kommunistische Reichstagsfraktion dafür sorgen, daß dieser Skandal trotz aller vertraulichen Informationen und Vertuschungsmanöver vor der proletarischen Oeffentlichkeit aufgerollt wird.

Ueberschwemmungskatastrophe in Catania

TU. Catania. Catania ist von einer schweren Ueberschwemmungskatastrophe heimgesucht worden. Bei einer Zugentgleisung infolge des Hochwassers sind mehrere Menschen ums Leben gekommen.

Ein Arzt vom Zuge zermalmt

TU. Bielefeld. Auf der Fahrt zu einem Kranken wurde der leitende Arzt des Krankenhauses in Borgholzhausen, Dr. Meyer, in dem Augenblick, als er mit seinem Auto einen Bahnübergang der Eisenbahnstrecke Osnabrück—Bielefeld passierte, von einem herannahenden Zuge überfahren und mehrere hundert Meter weit geschleift. Dabei wurde ihm der Kopf fast völlig zertrümmert, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. An demselben Bahnübergange, der keine Schranke hat, haben sich auch früher schon ähnliche Unglücksfälle ereignet.

Wetterdienst für 2. und 3. Dezember. Flachland bevorstehende Nacht etwas stärkerer Frost (örtlich Minus 5 Grad bis Minus 10 Grad). Teils heiter, teils wolkig. Tagsüber Temperaturen um Null oder wenig darüber. Mäßige, nordöstliche Winde. Gebirge: Teils heiter, teils wolkig. Anhaltender leichter bis mäßiger Frost, jedoch in den höchsten Lagen des Erzgebirgskammes zufolge Temperaturumkehr mit der Höhe später Niedergang des Frostes bis zeitweise über Null. Lebhafte Winde südlicher Richtungen.

Kundgebung

der gesamten Arbeiterschaft gegen Dorpmüller-Sklaverei

Montag den 5. Dezember 19,30 Uhr im großen Saal des Keglerheims, Friedrichstraße. Es sprechen die Landtagsabg.

Bruno Siegel, Dresden
Arthur Lieberasch, Leipzig

Die mittelalterlichen Ausbeutungsmethoden, die heute die Reichsbahndirektion gegen die Eisenbahner anwendet, werden gegen uns alle gerichtet, wenn nicht geschlossener Massenprotest einsetzt! Erscheint restlos in dieser Kundgebung!